



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 361, 13.09.2010

BAGIS ändert ihre Kürzungspraxis

***Kleine Anfrage* der grünen Fraktion zum Thema "Fachkräftemangel nutzen, um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu geben"**

***Grüne fragen nach:* Umsetzung des Mensabetriebs am Gymnasium an der Hamburger Straße**

BAGIS ändert ihre Kürzungspraxis

Beharrliches Nachfragen des sozialpolitischen Sprechers der Grünen Horst Frehe hat dazu geführt, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Verwaltungspraxis im Sanktionsfall ändert: Allen Arbeitslosen, denen aufgrund von Sanktionen das Arbeitslosengeld II um mehr als 30 % gekürzt wird, soll die BAGIS nun grundsätzlich Lebensmittelgutscheine anbieten. Außerdem sollen die Miete direkt an den Vermieter und Zahlungen für Strom und Gas direkt an das Versorgungsunternehmen gezahlt werden. Wie Frehe vom Sozialressort erfahren hat, wird die BAGIS diese neue Verwaltungspraxis sofort umsetzen. „Zwar ist in Bremen noch niemand obdachlos geworden, weil die Leistungen auf null gekürzt wurden, aber bei aller Berechtigung von Sanktionen müssen die Mindestlebensbedingungen über Lebensmittelgutscheine und Zahlungen an die Vermieter und Energieunternehmen sichergestellt werden. Alles andere verletzt die Menschenwürde!“, kommentiert Horst Frehe die Entscheidung der BAGIS und der Bundesagentur für Arbeit, ihre Verwaltungspraxis zu ändern. „Damit wird nun die Rechtsprechung der Sozialgerichte und Landessozialgerichte umgesetzt. Dadurch können weitere Gerichtsverfahren vermieden werden.“

Wegen der Weisungen der Bundesagentur für Arbeit wurde bisher nur Leistungsbeziehenden mit Kindern das Angebot von Sachleistungen und Direktzahlungen gemacht. Wegen der nur gemeinsam ausübenden Rechtsaufsicht von Senat und Bundesarbeitsministerium und der Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit für die

Sanktionen konnte der Senat bei der BAglS keine andere Verwaltungspraxis erzwingen. Nach einem entsprechenden Hinweis der Aufsichtsbehörde hat aber nun die Bundesagentur für Arbeit bundesweit ihre Verwaltungspraxis geändert und bietet Sachleistungen und Direktzahlungen nun allen bereits mit der Anhörung zu der Sanktionsentscheidung an.

In Bremen wurden allein im Januar 2010 772 Bedarfsgemeinschaften die Unterstützung gekürzt. Wohnungslos sei niemand geworden. Kürzungsgrund in mehr als der Hälfte der Fälle: das Nichterscheinen bei der BAglS nach schriftlicher Einladung.

***Kleine Anfrage der grünen Fraktion
zum Thema "Fachkräftemangel nutzen,
um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu geben"***

Die grüne Fraktion hat aktuell eine Kleine Anfrage zum Thema Fachkräftemangel an den Senat gerichtet. Zum Hintergrund: Der Ausbildungsmarkt verändert sich deutlich. Wir müssen uns in der Ausbildung dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel stellen und gleichzeitig an der Integrationskraft der dualen Ausbildung für leistungsschwächere Jugendliche arbeiten. Dazu brauchen wir eine neue „Kultur der Ausbildung“.

Immer mehr Betriebe klagen darüber, dass sie keine ausreichend vorgebildeten Bewerberinnen und Bewerber haben – gleichzeitig drehen viele Jugendliche in Berufsvorbereitungsmaßnahmen Warteschleifen oder werden als nicht ausbildungsreif definiert. Eine hohe Zahl von Jugendlichen, mit schlechtem Schulabschluss oder deren Schulabschluss länger zurück liegt, sucht immer noch nach Möglichkeiten eine Ausbildung zu absolvieren. Diese Schere schließt sich nicht.

Zwei Säulen stehen scheinbar unverrückbar und unverbunden nebeneinander. Es gibt vielfältige Programme und Hilfestellungen für Jugendliche, die von unterschiedlichen Stellen gefördert werden und für Außenstehende kaum noch zu überblicken sind. Zu nennen sind die Programme, die aus Beitragsmitteln aus der Arbeitslosenversicherung, Haushaltsmitteln von Bund und Ländern sowie Zuschüsse aus den Europäischen Strukturfonds finanziert werden. Die Betriebe stellen sich auf die Situation ein und erwarten zunehmend Ausbildungsfördermöglichkeiten für Jugendliche.

In Bremen arbeiten die Partner des Ausbildungsmarktes seit Jahren zusammen und haben, zuletzt wieder in den Bremer Vereinbarungen 2007-2010, verabredet, ihre Aktivitäten so aufeinander zu beziehen, dass sich die Maßnahmen ergänzen und nicht konkurrieren. Ihr gemeinsames Ziel ist es dabei, Bremen und Bremerhaven zu einem starken Standort für die duale Ausbildung zu machen und dabei auch diejenigen Jugendlichen mitzunehmen, deren Weg nicht gradlinig von der Schule in die Ausbildung geführt hat.

Es ist ein zentrales Anliegen alle Talente in Bremen und Bremerhaven zu fördern und die Ausbildungsplatzsituation zu verbessern. Niemand soll nach der Schule in die Arbeitslosigkeit rutschen, jede und jeder muss die Chance auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung haben. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den Jugendli-

chen ohne oder mit schlechten Schulabschlüssen, Frauen, MigrantInnen und Altbe-
werberInnen.

Gleichzeitig ist es notwendig die unterschiedlichen Unterstützungsaktivitäten auch im
Hinblick auf ihre Effizienz, Wirksamkeit und finanzielle Auswirkungen zu prüfen. Auch
die Partner der Bremer Vereinbarung haben sich verständigt, ihre Aktivitäten in die-
sem Sinne zu überprüfen.

Die Kleine Anfrage der Grünen zum Thema "Fachkräftemangel nutzen, um allen Ju-
gendlichen einen Ausbildungsplatz zu geben" finden Sie hier:

http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/KIA-2010-09-07_Fachkraeftemangel_07f.pdf

Grüne fragen nach: Umsetzung des Mensabetriebs am Gymnasium an der Hamburger Straße

Die grüne Fraktion möchte in der nächsten (Stadt-)Bürgerschaft Antwort vom Senat
haben, ab wann am Gymnasium an der Hamburger Straße nach Abschluss der Um-
bauarbeiten ein regulärer Mensabetrieb aufgenommen werden kann, an dem die
Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen teilnehmen können. Außerdem
möchten wir wissen, welche Veränderungen in der Tagesstruktur bzw. den Stunden-
plänen vorgesehen sind, um sicher zu stellen, dass die Mittagspausen lang genug
sind, damit alle Schülerinnen und Schüler das Essensangebot der Mensa nutzen
können. Schließlich wollen die Grünen eine Rückmeldung haben, wie weit die Pla-
nungen fortgeschritten sind, einen geeigneten Anbieter für Leistungen der Essens-
versorgung an der Schule zu finden und welche Probleme sich hierbei ggf. abzeich-
nen.

Die Frage finden Sie hier:

http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Frage_11_Stadtbuergerschaft_6bc.pdf

So bald die Antworten auf die Kleine Anfrage und die Frage für die Fragestunde vor-
liegen, werden wir Sie in einem der nächsten Newsletter darüber informieren.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmann, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)